

Kollateralschäden von «Erfolgsmodell» und «Chancenland» Schweiz

Solidarische statt imperiale Schweiz

Von Samira Marti und Joël Bühler

Bürgerliche Politiker*innen sprechen oft und gerne vom Erfolgsmodell oder Chancenland Schweiz. Eine neue Studie zeigt, wie zynisch das ist: Die Schweiz hat den Spitzenplatz erreicht, wenn es darum geht, andere Gesellschaften am Erreichen der "Sustainable Development Goals" zu hindern - also daran, sich gemäss den Kriterien der Uno nachhaltig und sozial zu entwickeln. Diese "imperiale Lebensweise" ermöglicht es den Reichen und dem Kapital in der Schweiz, ohne grobe Verteilungskonflikte im Inland den Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen einen einigermaßen akzeptablen Lebensstandard zu sichern - allerdings auf Kosten anderer. Damit geraten wir in die Geiselhaft der Reichen. Eine solidarische Gesellschaft ohne Kostenabwälzung schaffen wir deshalb nur, wenn wir die mächtigen Akteure im Verteilungskonflikt um die Ressourcen dieser Welt konfrontieren und den System Change einleiten.



Ob die "extreme Mitte" wie die Operation Libero oder rechtsliberale FDP: Für Bürgerliche ist die Schweiz ein richtiges Wohlfühlhland. Einige sprechen vom "Erfolgsmodell", andere eher vage vom "Chancenland". Zynisch ist beides. Vor zwei Jahren traten die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) in Kraft. Diese sollen bis 2030 erreicht werden. Sie sind das wichtigste und ambitionierteste Projekt, um den Lebensstandard der Menschheit zu erhöhen. Zu den Zielen gehört, dass wir Armut und Hunger besiegen, die Gesundheit verbessern, mehr und besser bilden, Ungleichheiten reduzieren und Diskriminierungen beenden. Wir müssen den Klimaschutz verschärfen, Frieden stiften und den Menschen gute Arbeit ermöglichen. Doch unser "Erfolgsmodell" oder "Chancenland" sabotiert diese Entwicklungen.

Die Schweiz als grösste Saboteurin der nachhaltigen Entwicklung anderer

Vor einigen Wochen haben der bekannte Entwicklungsökonom Jeffrey Sachs und die Bertelsmann-Stiftung eine Studie publiziert. Das Ergebnis: Die Schweiz hindert andere Gesellschaften stärker als jedes andere Land daran, die SDG zu erreichen. Die sogenannten negativen Spillovers

– also negative Effekte der Wirtschaftsweise in einem Land auf andere Gesellschaften – sind nirgends grösser als in der Schweiz. Nur Öldiktaturen oder die aggressiven und umweltzerstörerischen USA wälzen fast so viele Kosten auf andere ab.¹ Aber wie genau schadet die Schweiz anderen Ländern?

Besonders schlimm steht es um die Schweizer Finanz- und Wirtschaftspolitik – also den ideologischen Kern von "Erfolgsmodell" und "Chancenland". Nirgendwo ist der Finanzplatz so verschwiegen wie in der Schweiz – damit wird Steuerhinterziehung und Kapitalflucht aus den Ländern des Südens beschleunigt und den Volkswirtschaften dringend benötigtes Kapital geraubt.² Mit den Raubzügen nach Steuersubstrat sabotiert die Schweiz dort Gesundheitsversorgung, öffentliche Güter und Klimaschutz.

Neben neoliberaler Wirtschaftspolitik zählt zum Verständnis von "Chancenland" und "Erfolgsmodell" die Vorstellung, dass durch harte Arbeit jede und jeder den Aufstieg schaffen kann. Das trifft schon in der Schweiz nicht zu, die soziale Mobilität ist bei uns wesentlich tiefer als in Ländern mit stärkerer Sozialstaatlichkeit und Gewerkschaften wie Dänemark oder

Schweden.³ Richtig dreist wird die Behauptung aber, wenn man die von der Schweiz durch Importe verursachten Arbeitsbedingungen ansieht. Mit 2.8 Toten pro 100'000 Arbeiter*innen tötet die Produktion unserer Produkte im Ausland so viele Menschen wie nur diejenige für Unrechtsstaaten.⁴ Unser Wohlstand ist eher auf tödlichen Unfällen als auf sozialen Aufstiegen aus dem Bilderbuch gebaut. Dazu gefährden wir Sicherheit und Menschenleben auch durch Waffenexporte.

Auch bezüglich sich verschärfender Klima- und Umweltkrise ist die Politik der Schweiz katastrophal. Bei der Gefährdung der Biodiversität im Ausland verteidigen wir unseren unrühmlichen Spitzenplatz. Bei den importierten CO₂-Emissionen gibt es zwar etwa 30 Länder, die noch mehr schaden. Die Schweiz ist aber alles andere als eine Musterschülerin und gehört zu den schlimmsten Klimasaboteurinnen.

Die imperiale Schweiz

Was haben diese Politiken gemeinsam? Würden alle Gesellschaften ihre Wirtschaft so aufbauen wie die Schweiz, die Weltgemeinschaft würde in noch mehr Kriegen, Hungersnöten und ökologischen Katastrophen versinken. Das Verhalten der Schweiz ist nicht verallgemeinerbar. Doch was bedeutet das für uns? Markus Wissen und Ulrich Brand nennen solches Wirtschaften die "Imperiale Lebensweise": Länder im globalen Norden leben mit einem hohen Lebensstandard, lagern aber die Kosten für diesen Lebensstandard an Gruppen im Inland, vor allem aber in den globalen Süden aus. Im Inland sind das in der Schweiz vor allem Frauen*, die weiterhin mit unbezahlter Care-Arbeit die Grundlagen für die Wirtschaft zur Verfügung stellen. Im Ausland sind es die Menschen, die durch miserable Arbeitsbedin-

gungen, Kriege, Umweltkatastrophen oder wirtschaftliche Unterentwicklung direkt von unserer Politik geschädigt werden.

Eine solidarische Schweiz – im Inland wie im Ausland

Natürlich sind wir nicht alle dafür verantwortlich: Wer von Lohn und Rente im Norden der Welt lebt, kann oft nicht anders als imperial zu leben. Unsere Siedlungsstruktur, unser Mobilitäts- und unser Energiesystem setzen uns enge Grenzen, wie viel CO₂ wir einsparen können.⁵ Wer aber als Kapitalist*in Profite zu maximieren versucht und dabei andere Menschen ausbeutet, macht dies bewusst und willentlich. Doch solange die Profite sprudeln, verteidigt das Kapital die imperiale Schweiz. Dagegen müssen wir kämpfen.

Für eine solidarische Welt müssen wir zuerst gegen unser klimaschädliches Finanzsystem vorgehen. Aber auch im Inland müssen wir von der imperialen Lebensweise wegkommen: Wir können die Probleme nicht durch E-Autos einfach verlagern⁶. Wir brauchen stattdessen einen Mobilitätswende, besonders einen massiven Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und des Langsamverkehrs, autofreie Städte und guten ÖV auf dem Land. Wer unsere globale Verantwortung nicht komplett missachtet, kommt zum Schluss: Nur mit einem System Change oder einer umfassenden Transformation kommen wir weg von der imperialen Lebensweise und hin zu einer solidarischen Welt.



Samira Marti; SP-Nationalrätin, Präsidentin VPOD Region Basel



Joël Bühler; Mitglied Fachgruppe Politische Ökonomie des Denknetzes

1 Ähnlich verheerend ist auch noch die Bilanz der Kleinstaaten Luxemburg und Singapur.

2 Nur Zypern, Luxemburg, die Niederlande, das Vereinigte Königreich, Irland und Kanada haben eine schlimmere Steuerpolitik.

3 OECD (2018): A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility.

4 San Marino, Guyana, Singapur, Kuwait, Luxemburg, Vereinigte Arabische Emirate und Mauritius

5 Mit dem perfekten, ökologischen Lebensstil kann ein*e Schweizer*in gerade mal den durchschnittlichen globalen CO₂-Fussabdruck kommen – viel zu viel, um die nötigen Absenkungspfade zu erreichen und den Klimawandel zu begrenzen

6 E-Autos senken zwar den CO₂-Ausstoss, führen aber zur Enteignung der indigenen Bevölkerung im Süden, zu total verschmutzten Landschaften und zu neuen Ressourcenkonflikten. Siehe hierzu bspw. die Dokumentation des westdeutschen Rundfunks und der ARD, "Kann das Elektro-Auto die Umwelt retten"